

VORWORT
MARTIN SCHULZ

Bild: Susi Knoll ©

Liebe Genossinnen und Genossen,

Deutschland ist ein starkes Land, das wirtschaftlich gut dasteht. Doch nicht überall geht es gerecht zu. Das will ich ändern! Ich kämpfe für eine Gesellschaft, in der die Menschen füreinander da sind und in Frieden leben können. Jeder soll die gleichen Chancen auf beste Bildung und Ausbildung, gute Jobs und ein würdevolles Leben im Alter haben. Dabei dürfen Herkunft, Religion, geschlechtliche Identität, sexuelle Orientierung oder die eigene Adresse keine Rolle spielen. Alle haben Respekt und einen sicheren Platz in unserer Gesellschaft verdient. Auch das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Und ich sage: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit! Gesellschaften, in denen es gerecht zugeht, sind wirtschaftlich erfolgreicher und innovativer. Die Menschen sind zufriedener und das gegenseitige Vertrauen ist stärker. Gerechtigkeit macht unser Land in vielerlei Hinsicht reicher – sie ist die zentrale Voraussetzung für Zusammenhalt und Wohlstand.

Damit wir auch morgen in einer gerechten Gesellschaft leben können, müssen wir investieren:

in Schulen, Straßen, Forschung, schnelles Internet und den Bau neuer Wohnungen – auf dem Land sowie in den Städten. Das ist für mich zukunftsgerichtete Politik und auch eine Verantwortung, die wir gegenüber der nächsten Generation haben.

Eine große Gerechtigkeitsfrage ist auch die Familienpolitik in unserem Land: Für mich ist Familie dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – von der klassischen Ehe zwischen Mann und Frau, über den alleinerziehenden Vater bis zum lesbischen Paar. Es muss doch selbstverständlich sein, dass zwei Menschen heiraten können, wenn sie sich lieben. Daher kämpfe ich mit aller Kraft für die Ehe für Alle! Menschen sollen unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können. Dafür will ich die Gleichheitsrechte im Grundgesetz in Artikel 3 um die sexuelle Identität erweitern.

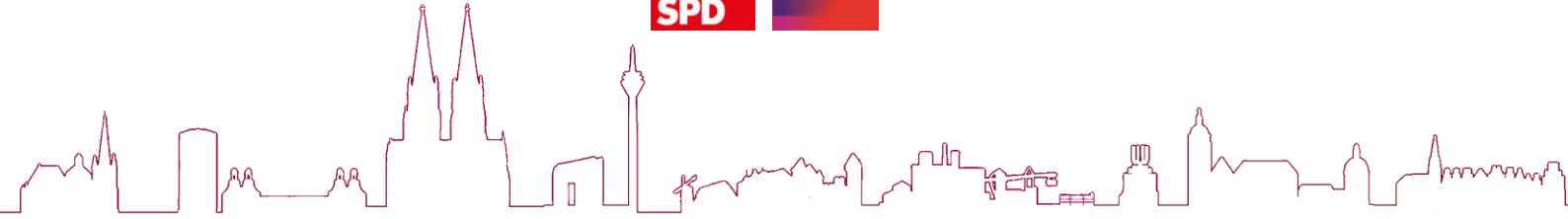
Dazu gehört es, die soziale und rechtliche Lage von trans Personen zu verbessern – Initiativen gegen Homo- und Transphobie brauchen mehr Unterstützung.

Hier geht es auch um unsere Grundwerte, die unsere Gesellschaft ausmachen. Nicht zuletzt um die Freiheit. Die Freiheit, zu wählen, wie ich leben und mit wem ich mein Leben verbringen möchte. Unsere Werte verteidigen wir entschlossen. In Deutschland und weltweit. Ich sage den rückwärtsgewandten Populisten genauso wie den radikalen Islamisten den Kampf an! Sie werden es nicht schaffen, unsere Gesellschaften mit ihrem Hass und ihrer menschenverachtenden Weltanschauung zu spalten! Zu diesem Kampf gehört es auch, dass wir Europa stärken. Nur in einem starken Europa ist auch Deutschland dauerhaft stark und unser Frieden und Wohlstand gesichert. Lasst uns gemeinsam für ein Europa eintreten, in dem die Menschen selbstbestimmt leben können.

Bei der Bundestagswahl im September wollen wir die Weichen für die Zukunft stellen. Indem wir unser Land gerecht gestalten, indem wir in die Zukunft investieren und indem wir wichtige Reformen in Europa auf den Weg bringen. Es ist Zeit anzupacken und das Leben der Menschen besser zu machen! Egal ob Mitglied der SPD oder nicht: Ärmel hochkrempeln, auf die Straße gehen und sich für ein gerechteres Deutschland einsetzen – bei Tür-zu-Tür-Aktionen, bei Info-Veranstaltungen, beim Straßenwahlkampf und in Gesprächen im Freundeskreis und in der Nachbarschaft. Es ist Zeit zu handeln. Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Euer

Martin Schulz



QUEERTicker

NEWSLETTER DER NRWSPDqueer AG AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG

Sommer 3/2017



An vielen Rathäuser in NRW wird in den nächsten Tagen und Wochen die Regenbogenfahne gehisst.

SVENJA SCHULZE

Bild: NRWSPD ©

Liebe Genossinnen und Genossen,

an vielen Rathäusern in NRW wird in den nächsten Tagen und Wochen die Regenbogenfahne gehisst. Anlässlich der Feiern zum Christopher-Street-Day wollen auch die Stadtverwaltungen und Stadträte zeigen, dass sie für eine offene und vielfältige Gesellschaft stehen. Doch das, was heute fast selbstverständlich scheint, ist auf einem langen und hartem Weg mühsam erstritten worden.

Am 29. April erinnerte eine Demonstration in Münster, an der auch ich teilnehmen durfte, an die bundesweit erste Kundgebung für die Rechte von Schwulen und Lesben vor genau 45 Jahren. Vieles ist nicht mehr wie vor 45 Jahren. Wer hätte damals gedacht, dass ein Regierender Bürgermeister sich zu seinem Schwul sein mit den Worten „Und das ist auch gut so“ bekennen kann und dafür breite öffentliche Unterstützung erfährt? Wer hätte damals gedacht, dass homosexuelle Paare im Steuerrecht die gleichen Vorteile genießen können wie heterosexuelle? Vieles ist nicht mehr wie vor 45 Jahren.

Dafür haben sich viele Aktivistinnen und Aktivisten erfolgreich eingesetzt. Und dafür haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit der Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Diskriminierungsfreiheit und Gleichberechtigung gesorgt. Aber wir wissen auch: Wir sind noch lange nicht am Ziel. Und: Es gibt zum Teil beharrlichen Widerstand. Besonders bei CDU und CSU muss um jeden Millimeter in Richtung echter Gleichberechtigung von LSBTI* gestritten und gerungen werden. Zu oft musste erst das Bundesverfassungsgericht die Union zur Raison bringen. Darum lohnt es sich und ist es nötig, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch 2017 auf die Straße gehen und für Gleichberechtigung und Freiheit von Diskriminierung demonstrieren.

Ich bin froh, dass die NRWSPDqueer in vielen Städten gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen vor Ort dafür sorgt, dass die Sozialdemokratie bei den Demonstrationen deutlich wahrnehmbar ist.

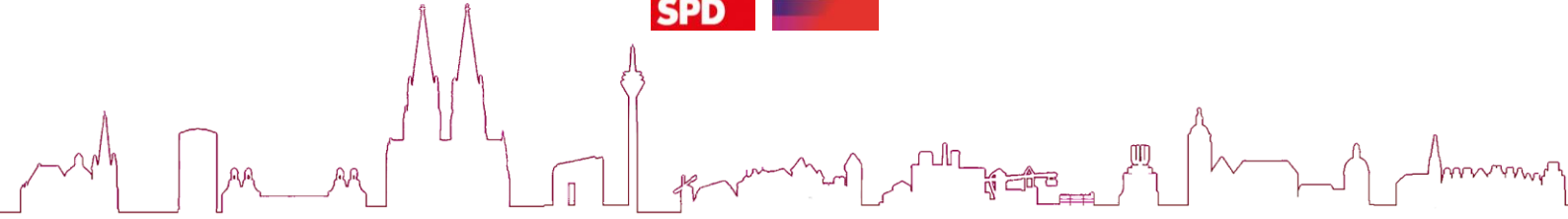
Und ich freue mich, dass auch viele Mitglieder aus den Ortsvereinen und anderen Arbeitsgemeinschaften uns dabei unterstützen, für die vielfältige und offene Gesellschaft zu demonstrieren. Denn ich bin überzeugt: Die Schaffung von Gerechtigkeit und die Freiheit von Diskriminierung sind Anliegen der gesamten Partei.

Der Entwurf unseres Regierungsprogramms für die Bundestagswahl spricht eine eindeutige Sprache. In aller Klarheit fordern wir die Ehe für alle – Adoptionsrecht eingeschlossen. Wir fordern eine Ende der Diskriminierung durch eine Änderung des Grundgesetzes. Und wir wollen auch die soziale und rechtliche Lage von Transmenschen verbessern. Das ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Frage von Gerechtigkeit. Und dafür lohnt es sich zu streiten.

In den vergangenen Jahren wurde ja oft diskutiert, ob die CSD-Demos nicht vielleicht zu sehr das Feiern in den Vordergrund stellten und das Politische verdrängten. Ich finde, beides ist richtig – feiern und demonstrieren.

Die LSBTI*-Community hat jedes Recht, stolz auf das Erreichte zu sein und das zu feiern. Und gleichzeitig gehört das politische Zeichen dazu, dass noch mehr für Gleichberechtigung getan werden muss. Dafür sorgen neben vielen anderen Akteurinnen und Akteuren in jedem Jahr die SPD und die SPDqueer. Dafür möchte ich allen Beteiligten danken.





QUEERTicker

NEWSLETTER DER NRWSPD *queer* AG AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG

Sommer 3/2017

Gerade heute, wo Hetzer und Populisten in eine Gesellschaft von gestern oder vorgestern zurück wollen, brauchen wir ein klares Zeichen. Darum freue ich mich auf viele erfolgreiche CSD-Veranstaltungen in ganz NRW mit vielen engagierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die für Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und für eine vielfältige und offene Gesellschaft demonstrieren.

Lasst uns in den kommenden Wochen gemeinsam feiern, gemeinsam demonstrieren und gemeinsam dafür werben, dass wir im Herbst bei der Bundestagswahl ein starkes Ergebnis bekommen und unser Wahlprogramm umsetzen können.

Dann weht zum CSD im nächsten Jahr nicht nur vor NRW-Rathäusern sondern auch vorm Kanzleramt die Regenbohnenfahne.

Eure

Svenja Schulze

Generalsekretärin, NRWSPD



Viele Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede gab es zu entdecken bei QueerEUrope.

Bild: together ©

Besonders interessiert und begeistert waren vor allem die Teilnehmenden aus Italien, Slovenien und Ungarn, was Politik mit landesweiten, aber auch wie in Bielefeld kommunalen Aktionsplänen für Akzeptanz erreichen können.

Zugleich wurde deutlich, dass es auch in Deutschland noch einiges gibt, wofür es sich (nicht nur beim CSD) zu kämpfen lohnt.

Viele Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede gab es zu entdecken bei QueerEUrope, dem diesjährigen internationalen Austauschprojekt der together Jugendtreffs.

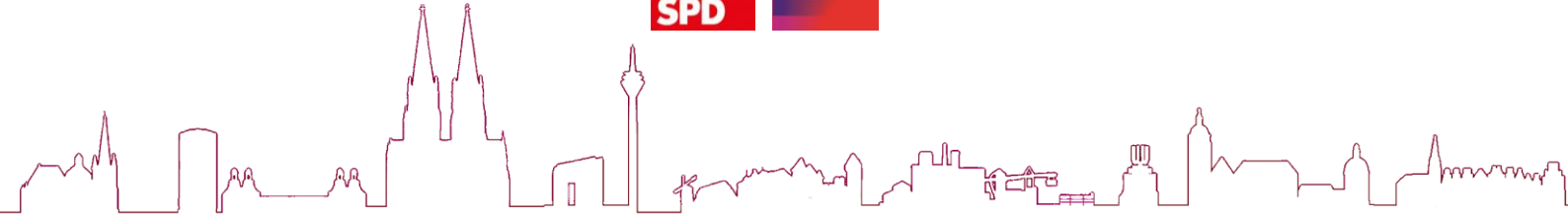
Ermöglicht durch Erasmus+, dem Austauschprogramm der EU, trafen sich 30 junge LSBT*Aktivist_innen aus Deutschland, Italien, Slovenien und Ungarn in der Akademie Waldschlösschen zu Erfahrungsaustausch, Kennenlernen und gemeinsamen Plänen.

Nach einer intensiven Woche war das Wochenende in Bielefeld ein besonderes High-Light.

Bevor beim CSD gemeinsam für QueerEUrope demonstriert und gefeiert wurde, diskutierten die Teilnehmenden mit Regina Kopp-Herr, MdL, Wiebke Esdar (Vorsitzende der SPD Bielefeld) und Ingo Nürnberger (Sozialdezernent der Stadt Bielefeld).



Bild: together ©



QUEERTicker

NEWSLETTER DER NRWSPDqueer AG AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG

Sommer 3/2017



Jetzt heißt es, vorwärts zu blicken und die Erneuerung der NRWSPD maßgeblich mit prägen.

Fabian Spies

Bild: NRWSPDqueer ©

Liebe Mitglieder der NRWSPDqueer,

wir haben turbulente Wochen hinter uns. Rot-Grün ist abgewählt und die rechtsspopulistische AfD ist im Landtag vertreten. CDU und FDP haben nun die so genannte „Die NRW-Koalition“ gebildet. Jetzt schon ist erkennbar, dass es im LSBTI*-Themenbereich nicht mehr so sein wird wie unter Rot-Grün.

Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP findet sich kein Wort zur Unterstützung der Ehe für alle. Genauso findet man im Koalitionsvertrag kein Bekenntnis zur Fortführung des NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt - gegen Homo- und Transphobie und zur den Landeskoordinationsfachstellen, die durch den Aktionsplan entstanden sind. Nur an wenigen Stellen wird man konkret: „Wir werden Projekte fördern, die aktiv gegen Diskriminierung jeder Art vorgehen. Dies gilt ausdrücklich auch für Projekte, welche die strafrechtliche Verfolgung homosexueller Menschen nach dem alten § 175 StGB wissenschaftlich und didaktisch aufarbeiten.“

Dies freut uns. Hier bekennen sich CDU und FDP klar zur Fortführung der Aufarbeitung der strafrechtliche Verfolgung homosexueller Menschen nach dem alten §175 StGB, die Thomas Kutschaty als Landesjustizminister angestoßen wurde.

Aber liebe Genossinnen und Genossen, das reicht nicht! Das ist viel zu wenig und wird den Interessen der Menschen in unserem Land nicht gerecht.

Ihr seht, wir werden einiges zu tun haben, um das, was wir sieben Jahre unter Rot-Grün gemeinsam mit der LSBTI*-Community erarbeitet haben, weiter zu erhalten.

Nun heißt es, jetzt erst recht!

In den vergangenen drei Jahren haben wir hart gearbeitet. Unermüdet waren wir auf den Straßen und Plätzen in Nordrhein-Westfalen unterwegs, in Kneipen, bei CSD's, in den Fußgängerzonen und auf LSBTI*-Veranstaltungen. Wir haben unsere Zielgruppen nicht aus dem Auge verloren und links liegen gelassen.

In dieser Zeit haben die Mitglieder des Landesvorstandes unserer AG weit mehr als 12.000 km quer durchs Land zurückgelegt. Dabei haben sie auch stets motivierte NRWSPDqueer-Mitglieder getroffen. Wir hatten viele gute Inhalte im Wahlprogramm, für die sich dieser Kampf gelohnt hat. Vor Ort und in den sozialen Medien haben wir eine unglaubliche Präsenz gezeigt und für unsere Forderung geworben. Leider wurde der Einsatz nicht von den Wählerinnen und Wählern honoriert. Nach der CSD-Saison werden auch wir als Arbeitsgemeinschaft zusammen mit euch, versuchen eine Analyse der Gründe der Wahlniederlage anzugehen und Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen, damit sich unsere politische Arbeit auch am Wahltag auszahlt.

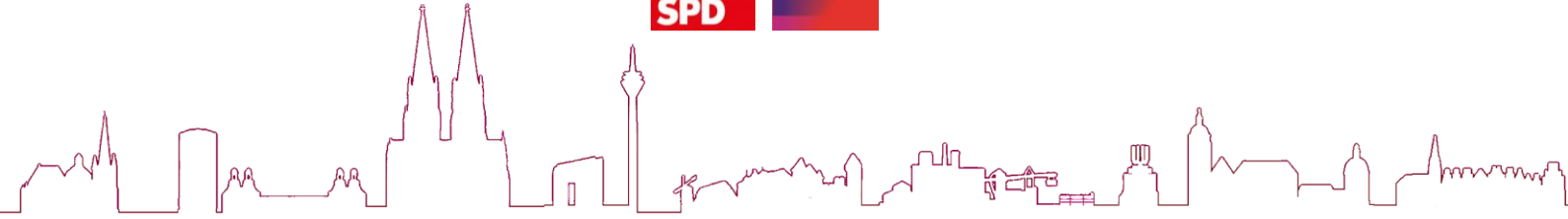
An dieser Stelle möchte ich aber auch im Namen meines Vorstandes Danke sagen! Danke für euren Einsatz in den letzten drei Jahren! Danke für euren Einsatz bei den einzelnen CSD's! Danke für euren Einsatz beim Wahlkampf - sei es beim Flyer Verteilen, Plakate Aufhängen oder beim Kneipenwahlkampf! Danke!

Jetzt heißt es, vorwärts zu blicken und die Erneuerung der NRWSPD maßgeblich mit prägen. Wir waren immer da und haben für unsere Themen und Vorstellung einer modernen NRWSPD gekämpft. Liebe Mitglieder auch so werden wir es jetzt auch weiter tun: Kritisch und solidarisch!

Euer

Fabian Spies

Landesvorsitzender NRWSPDqueer



QUEERTicker

NEWSLETTER DER NRWSPDqueer AG AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG

Sommer 3/2017



LANDES-
KONFERENZ



NRW
SPD



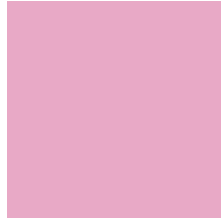
DANKE!
FÜR EUREN
EINSATZ

#nrwspdqueer

QUEERTAGE
IN MARL



LANDES-
PARTEITAG



EUROP TURN
LEFT



45 JAHRE
CSD DEMO

REGENBOGEN-
EMPFANG
ISERLOHN



CSD
WUPPERTAL



CSD
EMPFANG

CSD
DÜSSELDORF



CSD
PADERBORN



CSD
BIELEFELD

Herausgeber:

NRWSPDqueer- Landesarbeitsgemeinschaft für Akzeptanz und Gleichstellung
Kavalleriestr. 16 | 40213 Düsseldorf | Internet: www.nrwspdqueer.de

Landesvorsitzender:

Fabian Spies | Mail: fabian.spies@gmx.de